

KORRUPTION

Schärfere Regeln gegen Bestechung



Deutschland könnte den Kampf gegen Bestechlichkeit und Korruption noch deutlich verschärfen.

Foto: dpa

Von Mira Gajevic

Konzernchefs fordern von der schwarz-gelben Koalition schärfere Gesetz gegen Korruption. Vor allem die Parlamentarier von CDU und FDP sind dagegen.

Die Bundesregierung musste kürzlich Protest von ungewohnter Seite einstecken: Über 30 Konzernchefs hatten an die schwarz-gelbe Koalition appelliert, endlich den UN-Vertrag gegen Korruption zu ratifizieren. Zwar hat Deutschland die Konvention bereits 2003 unterzeichnet. Seitdem drückt sich der Bundestag aber darum, sie umzusetzen. Denn dann müssten sich die Parlamentarier auch auf schärfere Regeln zur Abgeordnetenbestechung verständigen. Dagegen sind vor allem Union und FDP.

Die Initiative Abgeordnetenwatch hat jetzt zusammen mit dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Jürgen Kühling die Eckpunkte für einen Gesetzentwurf vorgestellt, der die Bestechung und Bestechlichkeit von Abgeordneten unter Strafe stellt. Bislang ist hierzulande nur der direkte Stimmenkauf bei einer Parlamentsabstimmung verboten. Uno, OECD, Europarat und nicht zuletzt auch die Opposition dringen seit Jahren auf schärfere Gesetze. Neuen Schwung hat die Debatte durch den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück erhalten, der nicht nur schärfere Vorschriften für die Offenlegung von Nebeneinkünften will, sondern auch ein neues Strafgesetz zum Kampf gegen Abgeordnetenkorruption anstrebt. Am Mittwoch tagt zudem der Rechtsausschuss dazu.

Der frühere Verfassungsrichter Kühling plädiert dafür, alle geldwerten Zuwendungen ab 50 Euro zu verbieten, wenn damit die Arbeit eines Abgeordneten beeinflusst werden soll. So dürfte sich etwa ein Abgeordneter nicht mehr zum Essen in ein Luxushotel einladen lassen, wenn das Essen mehr als 50 Euro kostet und den Sinn hat, den Abgeordneten zu beeinflussen. Der Entwurf geht über die Vorschläge von SPD und Grünen hinaus.

Abgeordnetenwatch wird am Mittwoch dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Siegfried Kauder (CDU), den Gesetzentwurf und eine von 21.000 Leuten unterschriebene Online-Petition überreichen. Kauder ist ein besonders hartnäckiger Gegner jedweder Verschärfung.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/politik/korruption-schaerfere-regeln-gegen-besteuchung,1472596,20603030.html>

Copyright © 2010 Frankfurter Rundschau